

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/234

Bonn, den 8. Dezember 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Dummheit oder Verleumdung ? 40
Unglaubliches von "Radio Frieden und Fortschritt"

2 Holland und der Leber-Plan 49
Ein deutsch-holländischer Verkehrskrieg wird nicht stattfinden

3 Kontrolleure des Regierung ? 46
Merkwürdigkeiten bei der HS 30-Untersuchung

DOКУМЕНТАTION:

4 - 7 Mitgliederbewegung und Mitgliederstruktur der KFDSD 181
Von der Kaderpartei zur Massenpartei
Von Walther Ramm

* * *

Bitte beachten Sie die neue Anschrift:
53 Bonn 9, Herseallee 2-10, Pressehaus I

Dummheit oder Verleumdung ?

Unglaubliches von "Radio Frieden und Fortschritt"

sp - Die sowjetische Rundfunkstation "Radio Frieden und Fortschritt" scheint in einer ihrer letzten Sendungen entweder ein Opfer der Dummheit und Unwissenheit oder aber bewußt zum Instrument böswilliger Verleumdung geworden zu sein. So behauptete diese Station u. a., daß zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der NFD eine Art Komplizenschaft bestehe, die sich zum Sturz der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland verschworen habe. In der Tat hat man sich daran gewöhnt, daß sowjetische Rundfunkkommentatoren nicht immer den sauberen Weg journalistischer Berichterstattung und Beurteilung wählen, und an sich würde es sich auch nicht lohnen, auch auf diese jüngste verleumderische Behauptung einzugehen, wenn nicht zur gleichen Zeit sowjetische Diplomaten und Politiker zumindest den Eindruck zu erwecken versuchen, als sei Moskau endlich bereit, auf einer Ebene, die sowohl der Sowjetunion als auch der Bundesrepublik Deutschland gemäß ist, ein sachliches Gespräch mit Bonn zu führen.

So aber muß der Eindruck entstehen, als meine es die Sowjetunion gar nicht ernst mit ihrer Bereitschaft, auch ihren Beitrag zu einer Versachlichung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu leisten und damit zu der von uns allen gewünschten Entspannung zwischen West und Ost in Europa beizutragen.

Hart und klar betrachtet ist die Behauptung dieser sowjetischen Rundfunkstation eine der unverschämtesten Verleumdungen, die je gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ausgestoßen wurde. Die SPD hat in ihrem Kampf gegen das Regime des deutschen Faschismus Opfer gebracht wie wohl keine politische Organisation in Deutschland. Sie hat gegen den Faschismus zu einer Zeit gekämpft, als die von Moskau beraten und gesteuerten deutschen Kommunisten ein Bündnis mit dem deutschen Faschismus suchten, und sie hat niemals vergessen, daß es gerade der Pakt zwischen der Sowjetunion und dem deutschen Faschismus war, der Hitler die Möglichkeit gab, seine kriegerischen Abenteuer in Europa zu wagen. Vielleicht wäre es gut, wenn der Kommentator der sowjetischen Rundfunkstation "Frieden und Fortschritt" sich dieser Dinge erinnern würde.

Die sowjetische Rundfunkstation "Frieden und Fortschritt" wird ihrem Namen mit solchen Kommentaren nicht gerecht. Verleumdungen dieser Art dienen weder dem Frieden noch dem Fortschritt. Es ist jedermann verständlich, daß die deutsche Sozialdemokratie sich auch durch die giftigsten Kommentare einer solchen Rundfunkstation nicht abhalten läßt, für einen friedlichen Ausgleich zwischen West und Ost in Europa zu wirken. Zu hoffen ist, daß "Radio Frieden und Fortschritt" in Zukunft alles tun wird, um seinen Hörern ein objektives Bild von den Geschehnissen in der Bundesrepublik zu vermitteln. Die in Bonn akkreditierten sowjetischen Diplomaten könnten aus ihrer eigenen Anschauung sicherlich gerne dazu beitragen, daß in Zukunft die Kommentare von "Radio Frieden und Fortschritt" wirklichkeitstreu werden.

Holland und der Leber-Plan

Ein deutsch-holländischer Verkehrskrieg wird nicht stattfinden

In der Bundesrepublik ist verschiedentlich der Eindruck entstanden, Bundesverkehrsminister Georg Leber habe sich mit seinem verkehrspolitischen Programm u.a. auch den Zorn eines gesamten Nachbarvolkes, nämlich der Holländer, zugezogen. In niederländischen Zeitungen war zu lesen, das "Land der Spediteure Europas" werde durch den deutschen Verkehrsminister in seiner wirtschaftlichen Bedeutung ruiniert. Als Leber dieser Tage zu einer Konferenz nach Rotterdam kam, widmete ihm eine große Tageszeitung einen offenen Brief in deutscher Sprache, der in dem Schlußsatz gipfelte "Rotterdam möchte nicht, daß sein Hafen zum zweiten Mal zerstört wird".

Nun, Georg Leber weiß selbst, daß die Verhandlungen mit seinem holländischen Kollegen Josef Keyzer zu den schwierigsten im Rahmen seiner Konsultationsrunde in Europa zählen werden. Die Gespräche sind bereits im Gange und werden in diesen Tagen in ein weiteres Stadium treten.

Gerade bei seinem ersten offiziellen Auftreten in den Niederlanden hat der deutsche Verkehrsminister aber auch zu spüren bekommen, daß unsere Nachbarn doch nicht "geschlossen wie ein Mann" hinter den Lkw-Unternehmern ihres Landes stehen. Einer der holländischen Dolmetscher flüsternte Leber in einer Tagungspause zu, "die Fkw-Fahrer Hollands sind auf Ihrer Seite", und auf dem Rotterdamer Bahnhof wurde dem Bundesverkehrsminister ein herzlicher Willkommensgruß mit den Worten überbracht "Sie sind auch der Freund der holländischen Eisenbahner". Ein höherer Regierungsbeamter ließ sich auch in einer Tagungspause zu dem Satz verleiten "Es fällt schwer, ihm zuzuhören, aber nicht applaudieren zu dürfen".

Ein in Bonn lebender Korrespondent einer niederländischen Zeitung sagte es dieser Tage: "Wenn meine Lastkraftwagen besitzenden Landsleute in ihrem deutschen Mercedes auf deutschen Autobahnen im Sommer in den sonnigen Süden reisen und nicht vorwärts kommen, schimpfen sie - am meisten über holländische Lastkraftwagen."

Das sichere, humorvolle Auftreten von Minister Leber hat dazu beigetragen, daß nach der ersten persönlichen Bekanntschaft holländische Kommentatoren zu der Vermutung kamen, "daß man sich mit dem Leber-Plan abzufinden beginnt".

Es gibt auch in unserem Nachbarland inzwischen vernünftige und beruhigende Stimmen. So schreibt z.B. DE NIEUWE LIMBURGER in Maastricht: "Leber wünscht im Grunde genommen eine gesunde Lösung zu jenem Problem, das man auf eine andere Art und Weise nicht meistern kann. Die deutschen Straßen sind im Gegensatz zu den unsrigen überlastet. Man ist stetig bemüht, das Straßennetz auszubauen, aber durch die ständige Zunahme des Verkehrs läßt sich ein Ende der Schwierigkeiten nicht absehen. Es erscheint eigentlich sinnvoll, daß man den Verkehr, der besser auf der Schiene durchgeführt werden kann, von der Straße entfernt. Nach und nach wird ganz Westeuropa ähnliche drastische Eingriffsmaßnahmen wie Leber in Erwägung ziehen müssen." Der deutsch-holländische Verkehrskrieg wird nicht stattfinden. Georg Leber deutete in Rotterdam an, wie notwendig eine Verständigung in Europa ist: "Der Zug eines geordneten Verkehrssystems ist bald abgefahren, wenn wir uns nicht schnell auf eine gemeinsame europäische Verkehrspolitik einigen."

Kontrolleure der Regierung?

Markwürdigkeiten bei der HS 30-Untersuchung

Von Irone Maier

Ein Beispiel dafür, wie sehr Regierungsbeamten hierzulande nach 47 Jahren CDU/CSU-Herrschaft im Bund noch das Gefühl für die Spielregeln und den für angelsächsische Demokraten selbstverständlichen politischen Stil abgeht, lieferte in der letzten Sitzung des HS 30-Untersuchungsausschusses ein weiteres Mal der Vertreter der Bundesregierung aus dem Bundesverteidigungsministerium. Als ein Mitglied des Ausschusses den ehemaligen CSU-Generalsekretär und Schatzmeister Dr. Zinzertanz nach der Reaktion der CSU-Landesleitung auf die Vorwürfe gegen CSU-Politiker im Zusammenhang mit der Schützenpanzer-Affäre befragte, bat der Regierungsvertreter ums Wort. Sachlich unzutreffend erklärte er, gegen die CSU seien solche Vorwürfe nicht erhoben worden. In der Sache war diese regierungsamtliche Verlautbarung eine Einmischung in die Sitzungsleitung und politisch eine Parteinahme für die CSU. Es versteht sich fast von selbst, daß der betreffende Beamte es dann nicht taktvoll bei diesem Mißgriff bewenden ließ, sondern darauf beharrte, solche Fragen an die CSU seien nicht der Wahrheitsfindung dienlich.

Souverän hatte er zuvor schon darüber entschieden, welche der angeforderten HS-30-Akten nach seiner Ansicht zum Beweisthema gehören und welche nicht und deshalb den Abgeordneten von der Regierung vorenthalten waren. Einen Briefwechsel mit einem Zeugen brachte er jedoch zur Sitzung mit und hielt ihn dem Zeugen in öffentlicher Vernehmung vor. Obwohl der Briefwechsel damit als Beweismaterial eingeführt war, sperrte sich der Regierungsvertreter, ihn an den Ausschuß herauszugeben, weil er "nicht zur Sache" gehöre. Auf die Frage, welche weiteren HS 30-Akten den Abgeordneten noch vorenthalten würden, antwortete der Beamte, das wisse er nicht.

Zu dem, was die Staatsräson gegenüber dem Bundestag gebietet, gegenüber Waffenhändlern zum Beispiel aber nicht, hatte er sich namens der Bundesregierung bereits schriftlich geäußert. Auf die Frage, warum der Generalbevollmächtigte der Firma Hispano-Suiza, die immerhin als Rüstungslieferantin einen nicht unerheblichen Einblick in die militärischen Planungen der Bundeswehr hatte, trotz mehrfach geäußelter Hinweise nicht rechtzeitig auf nachrichtendienstliche Beziehungen überprüft worden war, erhielt der Ausschuß eine verblüffende Antwort: Die Schützenpanzer-Bewaffnung habe keines Geheimhaltungsgrad unterlegen. Gegenüber dem Bundestag waren die Beschaffungsvorlagen niemals als Geheimsache deklariert worden. Heute nach Abwicklung und Auslaufen dieses Programms werden uralte HS 30-Akten noch in den Panzerschränken der Geheimregistratur verwahrt. Die Abgeordneten haben nur beschränkte Einsicht und dürfen den Inhalt in der Zeugenvernehmung nicht verwerten. Diesen Widerspruch konnte der ständige Vertreter der Bundesregierung nicht aufklären.

Es ist an der Zeit, daß betroffene Regierungsparteien und Ministerien etwas mehr politischen Fakt bei der Behandlung dieser Affäre zeigen und im Interesse der Demokratie jeden Anschein mangelnden Aufklärungswillens vermeiden.

Mitgliederbewegung und Mitgliederstruktur der KPdSU

Von der Kaderpartei zur Massenpartei

Von Walther Ramm

Die zahlenmäßige Entwicklung und die strukturelle Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) wurde bisher nur sehr summarisch angegeben. Für Spekulationen blieb das Tor weit offen. Von diesem Prinzip halber Geheimhaltung ist die Führung der KPdSU jetzt bis zu einem gewissen Grad abgegangen. Sie veröffentlichte Einzelheiten über die Struktur und die Entwicklung der Mitgliedschaft, die kaum bekannt sind.

Als die Bolschewiki im November 1917 die Macht an sich rissen, verfügten sie, gemessen an der Größe des Russischen Reiches, über eine sehr geringe Mitgliedschaft. Es gab 1914 etwa 350 000 Mitglieder. Das Partyleben im zaristischen Rußland war kaum entwickelt. Die zaristische Geheimpolizei unterdrückte nicht nur die Partei Lenins, sie hielt auch revolutionäre bürgerliche Parteien, wie die "Sozialrevolutionäre", unter scharfer Kontrolle. Erst nach der Februar-Revolution 1917 konnte sich das Partyleben breiter entfalten. Die Bolschewiki führten vor und während der Februar-Revolution kaum mehr als 10 000 Mitglieder besaßen haben. Genaue Zahlen liegen nicht vor.

Schon während und nach der Februar-Revolution zeigte sich die Stärke der Bolschewiki darin, daß sie energisch die Organisation ihrer Partei stärkten. Im April des gleichen Jahres bekannten sich bereits etwa 100 000 zur Partei und die Zahl stieg bis zum VI. Parteitag (26. Juli bis 3. August 1917) auf 240 000 an. Lenin selbst erhielt das Parteidokument Nummer 114 482. Die weitere Entwicklung der Partei bis 1967 zeigt folgende Tabelle (auf- bzw. abgerundet in Millionen).

1918 = 0.590	1945 = 5.760
1920 = 0.612	1950 = 6.340
1925 = 0.802	1955 = 6.957
1930 = 1.678	1960 = 8.709
1935 = 2.359	1965 = 11.758
1940 = 3.400	1.1. 1967 = 12.948

Obwohl die Mitgliederzahlen in der Zeit von 1930 bis 1940 eine starke Aufwärtsentwicklung zeigen, muß während der Stalinschen Tschistkader Reinigung, die in den Jahren 1933/34 durchgeführt wurde, ein erheblicher Teil der Mitgliedschaft ausgeschlossen worden sein. Zwar wurden in den Jahren 1930 bis 1934 über 500 000 neue Mitglieder aufgenommen, doch Teile der Alt- wie Neumitglieder wurden ausgeschlossen. Praktisch wurde die Tschistka erst 1935/36 durch den Umtausch neuer Parteidokumente abgeschlossen. Die verhängte Parteisperrre wurde aufgehoben. 1937 gab es durch die großen Prozesse (Tschaschweski usw.) wieder Unruhe in der Partei; es erfolgten erneut Ausschlüsse.

Für Stalin war, obschon er fast uneingeschränkt als Generalsekretär herrschte, der Gesamtapparat der Partei nicht überschaubar genug.

Er nahm die Partei fester in den Griff und konzentrierte seinen Einfluß auf die Funktionäre, speziell auf die Sekretäre. Von hier aus beherrschte er den Parteiapparat. Unter der Parole: "Die Kader entscheiden alles"! formte sich die Mitgliederpartei zur Kaderpartei um. Dieser Trend hielt, mit der Ausnahme im "Großen Vaterländischen Krieg", bis zu seinem Tode an.

Von Kriegsbeginn am 22. Juni 1941 bis zum 1. Juli 1945 wurden in die Partei über 3.304 Millionen Mitglieder und 5.095 Kandidaten aufgenommen. Die Aufnahmebedingungen waren gelockert worden. 60 Prozent aller Parteimitglieder waren an der Front eingesetzt. Von ihnen wurden besondere Leistungen gefordert.

Dem kommunistischen Jugendverband, dem KOMSOMOL, kommt als politische Vorschule für die Partei besondere Bedeutung zu. In der Zeit von 1952 bis 1955 kamen aus der Jugendorganisation des KOMSOMOL 0.605 Millionen Parteikandidaten. In der Zeit von 1956 bis 1967 waren es 1.694 Millionen und für die Jahre 1962 bis 1966 werden 1.670 Millionen Kandidaten genannt.

Nach dem Tode Stalins wurde die Kaderpartei in eine "Volkspartei" (Mikojan) umgewandelt. Die herrschenden Parteisekretäre, die auf allen Ebenen die wirkliche Macht in den Händen hielten, wurden nach Stalins Verurteilung auf dem XX. Parteitag 1956 ihrer Macht entkleidet. Die Partei wurde auf die Leninschen Parteinormen zurückgeführt. Der Mitgliedschaft kommt, im Rahmen des "demokratischen Zentralismus" wieder die Rolle zu, die sie Kraft des Parteistatuts auszuüben vermag. Der berühmte XX. Parteitag setzte neue Normen für das erstarrte Parteileben.

Strukturen

Auf dem Weg von der Mitgliederpartei zur Kaderpartei veränderte sich auch die soziale Struktur der Mitgliedschaft. Sorgen bereitete es der Führung, daß der Anteil der Arbeiterschaft zurückfiel, während die übrigen Gruppen, vor allem die Angestellten, das Übergewicht erhielten. Diesen Trend ist entgegengewirkt worden. Wollte die KPdSU nicht unglaubwürdig werden, als "Arbeiterpartei" zu gelten, mußte die Arbeiterschaft stärker in die Partei einbezogen werden. In den folgenden Jahren wurden die Relationen ausgependelt.

Soziale Zusammensetzung der Parteikandidaten in Prozenten:

Jahr	Arbeiter	Bauern (Kolchosmitglieder)	Angestellte Sonstige
1952-55	27,2	16,4	56,4
1956-61	40,6	19,4	40,0
1962-66	47,6	14,0	38,4

Selbst wenn man annimmt, daß bei der Errechnung der Prozentzahlen die unteren Organe in Grenzfällen eine Retusche vorgenommen haben sollten, bleibt der Gesamttrend erhalten. Für 1967 wird berichtet, daß von den 0.339 Millionen Kandidaten, die in die Partei neu aufgenommen worden sind, 51,4 Prozent aus Arbeiterkreisen kommen. Das ist der Durchschnitt, in Industriezentren verstärkt sich naturgemäß diese Tendenz. Der relative Rückgang der Kolchosmitglieder wird durch die Umformung von Kolchosen in Sowchosen erklärt.

Die Gesamtstruktur der Partei veränderte sich in ihrer sozialen Zusammensetzung wie folgt:

	Januar 1957	(in Prozenten)	Januar 1967
Arbeiter	32,0		38,1
Bauern (Kolchosmitgl.)	17,3		16,0
Angestellte und Sonst.	50,7		45,9

Der Bildungsstand der Parteimitglieder hat entscheidende Veränderungen erfahren. 1927 gab es in der KPdSU 0,8 Prozent Mitglieder mit einer Hochschulbildung. 1967 hingegen liegt der Anteil bei 16,5 Prozent. Die entsprechenden Zahlen für eine Oberschulbildung betragen für diese Jahre 8,6 und 31,5 Prozent. Der Anteil von Parteimitgliedern mit einer abgeschlossenen, bzw. noch nicht abgeschlossenen Hochschul- oder Oberschulbildung beträgt heute mehr als 50 Prozent (1927 = 20 Prozent).

Im Januar 1967 gab es in der KPdSU über 76 000 Mitglieder und Kandidaten mit dem Grad eines Kandidaten der Wissenschaften (etwa unser Doktor) und über 8 400 mit dem Grad eines Doktors der Wissenschaften (vergleichbar mit unserem Professor).

Die nationale Zusammensetzung der KPdSU gliedert sich wie folgt auf (in Millionen):

Russen	7.846	Moldawier	0.046
Ukrainer	1.983	Letten	0.049
Belorussen (Weißrussen)	0.424	Kirgisen	0.039
Usbeken	0.219	Tadschiken	0.046
Kasachen	0.199	Armenier	0.200
Grusinier	0.209	Turkmenen	0.038
Aserbeidschaner	0.162	Esten	0.037
Litauer	0.071	Andere Nationalitäten	1.110

Der Anteil der Frauen stieg seit 1927 stetig an: Damals gab es 0.148 Millionen in der Partei organisierte Frauen (12,2 Prozent). Bis 1937 erhöhte sich der Anteil auf 0.233 Millionen = 14,8 Prozent. 1947 waren es 1.102 Millionen = 18,2 Prozent. Der Anteil erhöhte sich weiter bis 1957 auf 1.477 Millionen = 19,7 Prozent, um 1967 bis auf 2.264 Millionen = 20,9 Prozent anzusteigen.

Die Altersstruktur der Parteimitglieder setzt sich 1967 wie folgt zusammen:

bis 25 Jahre	5 Prozent	41 bis 50 Jahre	25,6 Prozent
26 bis 40 Jahre	46,5 Prozent	über 50 Jahre	22,9 Prozent

1967 gehörten 48,3 Prozent der Partei bis zu zehn Jahren an. 20,8 Prozent der Mitglieder gehörten elf bis zwanzig Jahre und 23,9 Prozent waren länger als 21 Jahre bis zu 30 Jahren Parteimitglied. Fünf Prozent gehörten länger als 30 Jahre zur Partei.

Organisation und Schulung

Entsprechend der Mitgliederzahl und gemessen an der Größe des Landes und seiner Einwohnerzahl war die Parteiorganisation während und in den ersten Jahren nach der Revolution schwach. Zwar entfaltete sie eine ungeheure dynamische Kraft, die das ganze Land in ihren Bann zu schla-

gen wußte, doch die Organisation war längst noch nicht in alle Ortschaften, Dörfer und Betriebe vorgeedrungen. Die Entwicklung der Grundorganisation zeigt ab 1927 bis 1967 folgende Aufwärtsentwicklung:

1927	38.978	1957	344.325
1937	102.475	1. Jan. 1967	337.915
1947	296.568	1. Juli 1967	344.504

In die Grundorganisationen sind Betriebsgruppen in Kolchosen und Sowchosen eingeschlossen. Die Abteilungsorganisationen (Untergruppen steigern sich in ihrer Anzahl entsprechend dem Wachstum der Grundorganisationen. Es ist das erklärte Ziel der Parteiführung, nicht nur in jedem Werk, sondern auch in jeder Werkabteilung, in jedem Kolchos oder Sowchos, Untergruppen aufzubauen. Damit wird das Netz der Parteiorganisationen immer dichter und enger. Die Partei ist in ihren Gliederungen der regionalen Aufteilung des Staates genau angeglichen. Partei- und Staatsaufteilung sind also identisch. Neben dem ZK der KPdSU gibt es 14 Zentralkomitees in den Unionsrepubliken. Es bestehen sechs Regionalkomitees, 123 Gebiets-, 10 Bezirks-, 747 Stadt-, 417 Stadtbezirks- und 2.746 Rayonkomitees (Kreiskomitees). In leitende Parteiorgane wurden bei den letzten Wahlen drei Millionen Mitglieder gewählt.

Besondere Bedeutung legt die Parteiführung auf die Ausbildung ihrer Mitglieder. 1947 waren 12,7 Prozent aller Sekretäre von Rayon-, Stadt- und Bezirkskomitees an einer Hochschule ausgebildet worden. 1967 erhöhte sich der Prozentsatz auf 91,1 Prozent. Für die Sekretäre der Gebiets- und Regionalkomitees, sowie dem ZK der Partei in den Unionsrepubliken werden folgende Zahlen für die höheren und höchsten Funktionäre genannt: 1947 = 41,3 Prozent; 1967 = 97,6 Prozent

Das System der politischen Schulung wurde in den letzten Jahren gründlich umgestaltet. 1966/67 nahmen am Parteischuljahr über 3,5 Millionen Mitglieder und Kandidaten an Grundkursen teil. An Kursen der mittleren Stufe beteiligten sich 2,20 Millionen und an Kursen der höheren Stufe nahmen 2,85 Millionen Mitglieder teil. Lektoren (Kursausleiter) und Politinformatoren gibt es zur Zeit 1,6 Millionen. Beim Zentralkomitee der KPdSU (Moskau) besteht eine Akademie für Gesellschaftswissenschaften. Weiter gibt es dort eine Parteihochschule für das Direkt- und das Fernstudium. In den Unionsrepubliken, Regionen und Gebieten gibt es darüber hinaus zwanzig Staats- und Parteischulen

In den letzten zwanzig Jahren absolvierten etwa 3 000 Funktionäre die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU und über 40 000 Funktionäre absolvierten die Parteihochschule im Direkt- und im Fernstudium. Rund 25 000 Funktionäre besuchten die Parteihochschulen in den Republiken, Regionen und Gebieten und über 60 000 Lehrlinge haben die Parteischulen in zwei- und dreijähriger Studienzeit in Gebieten und Republiken besucht. 31 000 Kursanten besuchten die Staats- und Parteischulen (zur politischen Ausbildung von Staatsfunktionären).

In diesen Zahlen verwirklicht sich eine Faustformel, die Lenin einst geprägt hatte: lernen, lernen und nochmals lernen. Wer von dem unermüdbaren Lerneifer der Parteischüler, gelenkt von einer straffen Parteiführung, weiß, der wird diese Zahlen nicht nur als propagandistischen Nebel, sondern als eine Realität politischer Macht hinnehmen müssen.